

Auswirkungen des Arabischen Frühlings auf die politische Situation in Oman

Als am 27. Februar 2011 in den Nachrichten im Deutschen Fernsehen Bilder von revoltierenden Demonstranten, brennenden Autos und Häusern aus der Hafenstadt Sohar in Oman gezeigt wurden, schien dies perfekt in jenes Bild zu passen, welches schon seit etlichen Wochen regelmäßig in die deutschen Wohnzimmer vom „Arabischen Frühling“ gesendet wurde. Denn auch in Oman regierte ein Herrscher seit 40 Jahren das Land ohne ein parlamentarisches demokratisches System im westlichen Sinne. Ein Fakt, das in der folgenden Berichterstattung in den deutschen Medien über die Unruhen Ende Februar in Oman immer wieder mit Nachdruck unterstrichen wurde. Der „Arabische Frühling“ - nun erstreckte er sich vom Atlantik bis zum Indischen Ozean, so das allgemeine Credo.

Eine tiefer gehende Analyse der Situation in Oman und weitere Berichterstattung über die atemberaubende Entwicklung in den folgenden Monaten erfolgte leider so gut wie nicht. Sie hätte schnell deutlich gemacht, dass die Situation in Oman gänzlich verschieden war und ist von Tunesien, Ägypten, Libyen oder gar Syrien.

Der 20. „Bericht über die menschliche Entwicklung“ vom Oktober 2010 des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) untersuchte die ganzheitliche Entwicklung der Bevölkerung in 135 Ländern der Erde in den letzten 40 Jahren und kam zu dem Resultat, dass das Sultanat hierbei weltweit auf Rang 1 liegt. Sultan Qaboos bin Said Al-Said hatte die Bevölkerung nicht 40 Jahre lang ausgebeutet, sondern sich kontinuierlich erfolgreich darum bemüht, die Lebenssituation seines Volkes umfassend zu verbessern. Er hatte es sozusagen vom Mittelalter in die Neuzeit katapultiert, ohne es aber seiner kulturellen Wurzeln zu entreißen.

Jeder omanische Staatsbürger ist sich der beispiellosen Verbesserung der Lebenssituation in den letzten 40 Jahren voll bewusst und ist dem Sultan auch sehr dankbar dafür. – Wieso kam es dann aber zu gewalttätigen Unruhen und Demonstrationen?

Die Bevölkerung Omans ist sehr jung. Durch die konsequente Investition im Gesundheitsbereich fiel die Kindersterblichkeit, die 1970 noch bei 118 pro Tausend Geburten lag, auf nur noch 10. Die Hälfte der Omanis sind Kinder und Jugendliche. Diese demographische Besonderheit stellt das Land vor die Herausforderung, Ausbildungs- und Arbeitsplätze in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen. Oman investiert seit Beginn der 70er Jahre kontinuierlich in großem Umfang in die Bildung und Ausbildung und regelt seit fast zwei Jahrzehnten die Vergabe von Arbeitsplätzen vorzugsweise an omanische Staatsbürger durch sukzessiv steigende Quoten. Diese „Omanisierung“ bewirkte, dass in einigen Wirtschaftszweigen, in denen noch vor zwanzig Jahren überwiegend Gastarbeiter beschäftigt waren, heute fast ausschließlich omanische Staatsbürger arbeiten – dies betrifft auch Niedriglohnsparthen wie Kassenpersonal im Supermarkt. Doch waren die Auswirkungen der „Omanisierung“ nicht so weitreichend, wie sie hätten sein können. Viele der Firmen des Privatsektors beteiligten sich nur sehr halbherzig an der „Omanisierung“. Sie sind in Händen von mächtigen Alleinunternehmern die ihren Gewinn durch Beschäftigung von billigeren Ausländern maximieren wollten; denn für omanische Arbeitnehmer gilt ein höherer Mindestlohn.

Zudem investierte der Staat seit 2001 vor allem in industrielle Großprojekte. Durch die Schul- und Ausbildungspolitik sind viele Omanis mittlerweile zwar gut ausgebildet, den meisten fehlt jedoch die Erfahrung bei der Mitarbeit an Großprojekten. Die wirklich qualifizierten Jobs wurden daher nach wie vor oft an Spezialisten aus dem Ausland vergeben. Die eigene Bildungselite hatte somit kaum Aussicht auf Arbeit. Aufgrund der immer noch herrschenden familiären Strukturen waren die arbeitslosen jungen Menschen aber nicht auf der Straße zu sehen, sie wurden weiterhin von ihren Familien unterhalten.

Diese junge Generation mit Bildung, aber ohne Job, fing an, ihren Frust und ihre Sorgen in verschiedenen omanischen Internetforen und Blogs öffentlich zu machen. Die offizielle Presse und die Medien unterschätzten oder ignorierten dieses Problem lange Zeit. Sie schwiegen zu den Spannungen, die aufgrund der hohen Jugendarbeitslosigkeit entstanden und auch zu einem weiteren Problem, welches sich im Laufe der jüngeren Staatsentwicklung herausgebildet hatte – eine teilweise korrupte Führungsschicht.

Mit der Zeit hatte sich eine Klasse aus autoritären Ministern, Alleinunternehmern und einigen Sicherheitsorganen herausgebildet, die die Geschicke des Landes leiteten und immer korrupter wurden. Diese erkannten die Zeichen des Wandels nicht und waren der Auffassung, weiterhin als uneingeschränkte Autorität schalten und walten zu können.

Im November 2010 feierte das Sultanat Oman sein 40-jähriges Staatsjubiläum. Der Sultan selbst wirkte bei den Feierlichkeiten sehr nachdenklich und betrübt, er schien sich Sorgen zu machen um sein Volk, welches er zwar bereits mit vielen persönlichen und politischen Freiheiten ausgestattet hatte, das diese aber bis dato nur sehr zögerlich wahrnahm. Bereits 1991 hatte er die Madschlis al Schura (Konsultativrat) als beratendes Organ ins Leben gerufen. Jeder Omani kann hier kandidieren, alle Omanis (Männer wie Frauen) sind aufgefordert, zur Wahl zu gehen – doch der Zulauf war nie sehr berauschend. Die Bevölkerung war nicht gewohnt Verantwortung für das eigene Leben zu übernehmen - Sultan Qaboos sorgte ja für ihr Wohl.

Doch viele Omanis begannen sich scheinbar an diesem Nationalfeiertag erstmals intensive Gedanken zu machen, wie es mit ihnen weitergehen sollte ohne ihren wohlwollenden Monarchen, der gleichzeitig seinen siebzigsten Geburtstag feierte. Sie hegten die Hoffnung, dass Sultan Qaboos nach der 40-Jahr-Feier reformierte politische Richtlinien ausgeben werde – eine Hoffnung, die sich aufgrund der massiven Macht des Klüngels aber nicht erfüllte.

Die gleichzeitigen Geschehnisse des “Arabischen Frühlings” in Tunesien und Ägypten und die dadurch erzielten Veränderungen ermutigten die junge Generation Omans dazu, ebenfalls erstmals öffentlich zu protestieren. Unterstützung bekamen die Demonstranten auch vom Mufti von Oman, der die Proteste der Jugend guthieß. Nach der in Oman vorherrschenden ibadhitischen Auffassung darf sich die Bevölkerung gegen ungerechte Zustände im Land auflehnen. Der Protest der omanischen Jugend richtete sich vor allem gegen die Korruption und auf die Schaffung von Arbeitsplätzen, sowie auf Mitbestimmung der Themen und der Politik, die die Zukunft Omans betreffen. Die uneingeschränkte Herrschaft von Sultan Qaboos stellten sie jedoch nicht in Frage.

Demonstrationen waren in Oman auch vor dem Februar 2011 nicht verboten, nur so gut wie niemand übte sein Demonstrationsrecht auch aus. Es ist daher nicht weiter verwunderlich, daß die ersten Proteste in Sohar auf beiden Seiten aus dem Ruder liefen. Einerseits hatte die Polizei Omans bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei wirkliche Erfahrung im Umgang mit Demonstrationen, geschweige denn mit einzelnen gewaltbereiten Demonstranten – umgekehrt betraten auch die Demonstranten persönliches Neuland.

So tragisch es ist, daß am 27. Februar 2011 ein Demonstrant ums Leben kam, so hilfreich war sein Tod für die Vermeidung weiterer Gewaltausbrüche in den folgenden Monaten, in denen Streiks und Demonstrationen das Bild im Land bestimmten und schon fast zum Volkssport wurden. Denn sein Tod rüttelte das ganze Volk auf. Alle waren geschockt und sich darüber einig, dass es nie hätte dazu kommen sollen – und dass alles getan werden musste, dass der gerade aufkeimende gesellschaftliche Diskurs über die Politik und die Zukunft des Landes in friedlichen Bahnen verläuft. Während in Tunesien und Ägypten Facebook und Twitter die Schnittstellen zur Koordinierung des Aufruhrs waren, sendeten sich die Omanis Textnachrichten von Handy zu Handy, in denen sie sich ermahnten darauf zu achten, daß es zu keiner Gewalt mehr kommt. Bereits am 2. März demonstrierten Tausende von Omanis, um ihren Protest gegen das Vorgehen gewalttätiger Demonstranten in Sohar und ihr Vertrauen in die Politik von Sultan Qabus zum Ausdruck zu bringen. Hierüber berichtete die westliche Presse jedoch nicht.

Erstmals seit Monaten schien der Sultan wieder zu lächeln. Er schien zufrieden darüber, dass sein Volk endlich politisch erwachte und nach mehr politischer Selbstbestimmung verlangte. In den folgenden Monaten überflutete er sein Volk mit Erlassen und Entscheidungen die alle auf die Erfüllung der Forderungen des Volkes ausgerichtet waren und teilweise noch darüber hinaus gingen.

Er entließ 12 Minister und ersetzte sie weitgehend durch junge, kompetente vom Volk gewählte Abgeordnete der Majlis Ashura; das korrupte Wirtschaftsministerium bekam eine Frist von 6 Wochen zur Selbstaflösung; der im Volk verhasste Minister des Royal Office und oberste Sicherheitschef wurde ebenfalls binnen weniger Tage entlassen; Polizei und Staatsanwaltschaft wurden getrennt, letztere kann nun in völliger Unabhängigkeit agieren.

Rundfunk und Fernsehen wurden aus dem Informationsministerium ausgegliedert. Die Rechte und Aufgaben der Majlis Ashura wurden stark erweitert – sie hat nun, im Gegensatz zu früher, das Recht Gesetze zu erlassen und auch die Kontrolle über die Haushalte der Minister und kann diese zur Befragung einbestellen.

Die zweite Kammer der Regierung, der Staatsrat (Majlis ad Dawla) wurde mit der akademischen Elite der Gesellschaft besetzt. Aufgabe des Rats ist die Mitwirkung bei der Planung zukünftiger Projekte und sozialer Entwicklung. Beide Kammern wurden mit einer Reform der Verfassung beauftragt, in welcher die jüngsten politischen Veränderungen fest verankert werden sollen.

Er verfügte die Schaffung von 50 Tausend Arbeitsplätzen, die Anhebung des Mindesteinkommens für Omanis, die Einführung einer Arbeitslosengrundversorgung und Registrierung aller Arbeitslosen im Land.

Ein Indiz für das nun wachsende politische Bewußtsein ist auch die gestiegene Beteiligung an den Wahlen zur Majlis Ashura im Dezember 2011 – sie stieg um 30 % auf über 520 Tausend.

Auch die Ministerien und Staatsorgane bemühen sich nun ihrerseits stark um kontinuierlichen Austausch mit den Bürgern. Sie haben in den öffentlichen omanischen Foren Ansprechpersonen installiert, die der Bevölkerung Rede und Antwort stehen. Das erstaunliche ist, dass die Fragen tatsächlich zeitnah in wenigen Stunden beantwortet werden – eine bürokratische Sensation.

Viele Firmen des Privatsektors haben wegen der neuen Gesetze Omanis eingestellt. Oft zwar nur mit Widerwillen, aber immerhin können die jungen Leute so nun erste Erfahrungen im Berufsleben sammeln – und die Arbeitgeber auch mit ihnen. Zudem soll das Niveau der Ausbildungsstätten erhöht werden, um den Anforderungen der Industrie besser gerecht zu werden.

Für viele Omanis fängt aufgrund dieser umfangreichen Maßnahmen nun ein neuer Zeitabschnitt an. Die Zuversicht der jungen Generation ist deutlich gestiegen.

Die vielleicht wichtigste nachhaltige Wirkung der Proteste ist jedoch, dass es keinerlei Tabuthemen mehr gibt, weder im politischen, sozialen, noch im religiösen Bereich. Auch die Nachfolge von Sultan Qaboos ist nun allgemeiner Diskussionsstoff. Alles deutet darauf hin, daß sich in Oman schon in naher Zukunft ein politisches System etablieren wird vergleichbar mit dem Englischen - mit einem Premierminister als politischen Führer und einem Monarchen im Hintergrund.

Die omanische Bevölkerung blickt heute deutlich zuversichtlicher in die Zukunft als noch vor einem Jahr. Volk und Regierung gehen gestärkt aus der Entwicklung von 2011 hervor. Beide Seiten arbeiten bewusst daran das Fundament für ein demokratisch geprägtes System zu legen. Schade, dass dies gerade in den westlichen Medien nicht wahrgenommen wird.

27.2.2012

Von Juma Al-Maskari, Beirat für Kommunikation der Deutsch-Omanischen Gesellschaft e.V.
und Georg Popp, Generalsekretär der Deutsch-Omanischen Gesellschaft e.V.